



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 13.06.2025

Vorschau auf die Sitzung des Kantonsrates vom Montag, 16. Juni 2025

Fokusthema: Stellvertretung für Kantonsratsmitglieder

Der Kantonsrat wird sich am Montag zunächst mit drei Gesetzesprojekten befassen, und zwar zur interkantonalen Zusammenarbeit in der BVG- und Stiftungsaufsicht, zum Quorum für Kantonsratswahlen und schliesslich zur umstrittenen Stellvertretungsregelung für Mitglieder des Kantonsrates. Mögliche weitere Themen sind unter anderem die Effizienz von Bezirksgerichten, sexuelle Übergriffe in der katholischen Kirche und die Frage, ob das mehrheitlich linke Zürich noch die «richtige» Hauptstadt für den mehrheitlich bürgerlichen Kanton Zürich ist.

Stiftungsaufsicht und Quorum bei Kantonsratswahlen

Als erstes Geschäft ist das neue Gesetz über die BVG- und Stiftungsaufsicht traktandiert. Es sieht den Beitritt zu einer Interkantonalen Vereinbarung vor, mit der die Aufsichtsregionen Zürich und Ostschweiz zusammengelegt werden. Die vorberatende Kommission hat die Vorlage einstimmig unterstützt, sie beantragt aber Änderungen am Entwurf des Regierungsrates, um die parlamentarische Kontrolle zu stärken ([5963](#)). Mehr technischer Natur ist die folgende Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte. Sie betrifft die Vorgabe, dass Listengruppen bei den Kantonsratswahlen mindestens drei Prozent der Parteistimmen im ganzen Kanton erreichen müssen, um ins Parlament einziehen zu können. Neu wird festgelegt, dass sich dieses 3-Prozent-Quorum auf die Wählerinnen- und Wählerzahlen und nicht auf die Parteistimmen bezieht, weil das ursprünglich die Absicht des Kantonsrates gewesen war. Der Unterschied ist allerdings gering – bei den letzten drei Kantonsratswahlen hätte die neue Berechnungsart keine Auswirkungen gehabt ([5951](#)).

STGK-Präsidentin: Michèle Düнки-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Stellvertretung für Ratsmitglieder

Anschliessend geht es um die Frage, ob sich Ratsmitglieder bei längeren Abwesenheiten – beispielsweise aufgrund von Mutterschaft, Krankheit oder Unfall – vertreten lassen können. Die entsprechende parlamentarische Initiative war in der Kommission umstritten. Uneinig ist man sich nicht nur im Grundsatz, sondern auch bei den Gründen, die eine Vertretung rechtfertigen könnten. Eine knappe Mehrheit hat sich für eine Stellvertretungsregelung im Kantonsrat ausgesprochen, während die Gemeinden selber entscheiden können sollen, ob sie auch für ihre Parlamente Stellvertretungen vorsehen wollen ([KR-Nr. 420/2020](#)). Weil eine Bestimmung zu den Gemeindeparlamenten integriert wurde, soll gleichzeitig die ebenfalls traktandierte Behördeninitiative zu diesem Thema abgelehnt werden ([5826](#)). Die beiden Geschäfte werden gemeinsam behandelt.

STGK-Präsidentin: Michèle Düнки-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Minderheit SVP: Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00

Minderheit GLP: Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), 079 661 51 49

Vorstösse zu Bezirksgerichten, Übergriffen in der Kirche und zum Stadt-Land-Graben

Im Anschluss sind verschiedene Vorstösse traktandiert. Beim Postulat zur Effizienzsteigerung an den Bezirksgerichten hat der Regierungsrat schon Bericht erstattet und dabei die vom Kantonsrat angeregten Massnahmen als zu wenig effizient oder nicht zielführend bezeichnet. Für die vorberatende Sachkommission KJS sind die Ausführungen nachvollziehbar, so dass sie beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 237/2022](#)). Um sexuelle Übergriffe in der katholischen Kirche und ihre Konsequenzen geht es im anschliessenden Postulat von SP-Kantonsrätin Patricia Bernet und

Mitunterzeichnenden von FDP, Grünen und AL. Hier entscheidet der Rat, ob er vom Regierungsrat einen Bericht verlangt, was der Kanton zur Aufarbeitung und Verhinderung solcher Missbräuche beitragen kann, und wie er das staatliche Recht durchsetzt. Der Regierungsrat beantragt die Ablehnung des Postulats ([KR-Nr. 403/2023](#)). Nichts zu beschliessen, aber allenfalls doch etwas zu diskutieren gibt es bei der im Anschluss traktandierten Interpellation zum politischen Stadt-Land-Graben ([KR-Nr. 411/2023](#)). Gegenstand der Debatte ist die Antwort des Regierungsrats, der sich klar gegen die vom Interpellanten Marcel Suter und seinen Mitunterzeichnenden ins Gespräch gebrachte Teilung des Kantons in einen Stadt- und einen Landkanton ausgesprochen hat.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60
Patricia Bernet (SP, Uster), 079 714 71 55
Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Weitere Vorstösse zu Bezirksgerichtsentscheiden, zum Finanzausgleich und zum Datenschutz

Als Motion hat GLP-Kantonsrat Urs Glättli seine Forderung eingereicht, eine Gesetzesgrundlage für eine öffentliche Datenbank mit wesentlichen Entscheiden der Bezirksgerichte zu schaffen. Der Vorstoss wird auch von der SP, der FDP und der AL unterstützt. Der Regierungsrat merkt in seiner Stellungnahme an, dass für dieses Anliegen keine neue Gesetzesgrundlage nötig sei. Es liefen bereits Arbeiten, um Bezirksgerichtsentscheide breiter zugänglich zu machen. Der Regierungsrat erklärt sich deshalb bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen, falls der Rat umfassender über die Massnahmen informiert werden wolle. Der Kantonsrat wird über eine Überweisung entscheiden ([KR-Nr. 86/2024](#)). Mit dem anschliessend traktandierten Postulat verlangt FDP-Kantonsrat Mario Senn zu prüfen, ob das kantonale Finanzausgleichssystem angepasst werden soll. Der Regierungsrat hat sich bereiterklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil bei der ersten Beratung gegen eine diskussionslose Überweisung opponiert worden war, muss der Rat jetzt entscheiden, ob er das Postulat an die Regierung überweist ([KR-Nr. 171/2024](#)). Die gleiche Ausgangslage besteht beim Postulat von GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig. Sie verlangt mit Unterstützung der Mitte, dass die Praxis der Gemeinden bei der Herausgabe von Adressdaten an Private für ideelle Zwecke im Hinblick auf ein einheitliches und datenschutzkonformes Vorgehen überprüft wird ([KR-Nr. 169/2024](#)).

Urs Glättli (GLP, Winterthur), 079 720 47 48
Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04
Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), 079 661 51 49

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35
Moritz von Wyss, Generalsekretär, 079 348 14 46